

Antrag

der Abg. Petra Krebs u. a. GRÜNE
des Abg. Stefan Teufel u. a. CDU
der Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke u. a. SPD
des Abg. Niko Reith u. a. FDP/DVP

Hilfen für Betroffene von Myalgischer Enzephalomyelitis / Chronischem Fatigue-Syndrom sowie Post- und Long-COVID

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

- I. zu berichten,
 1. welche Forschungsprojekte es an den Forschungseinrichtungen des Landes zu Myalgischer Enzephalomyelitis / Chronischem Fatigue-Syndrom (ME/CFS) gibt;
 2. wie sie den Stand der Forschung an den Forschungseinrichtungen des Landes zu ME/CFS beurteilt und inwiefern es Bestrebungen gibt, diese Forschung auszubauen;
 3. ob und inwieweit an den Forschungsreinrichtungen des Landes auch das Krankheitsbild Post-COVID/Long-COVID erforscht wird;
 4. inwiefern sich Bezüge zwischen der Forschung zu den Krankheitsbildern ME/CFS und Post-/Long-COVID herstellen lassen mit der Folge, daraus resultierende Synergieeffekte heben zu können;
 5. welche Erkenntnisse und Handlungsmaßnahmen sie aus den Beiträgen von Expertinnen und Experten sowie Betroffenen im Rahmen der Anhörung im Sozialausschuss am 20. Juni 2022 abgeleitet hat und inwieweit mit deren Umsetzung begonnen wurde;
- II.
 1. bei der baden-württembergischen Ärzteschaft für Weiterbildungsangebote für erstbehandelnde (Haus-) Ärztinnen und -Ärzte zu ME/CFS zu werben, um frühzeitig die (Verdachts-) Diagnose stellen zu können und das Risiko einer Chronifizierung zu minimieren;
 2. in Baden-Württemberg auf Angebote hinzuwirken, die Forschung und Versorgung miteinander verbinden sowie niederschwellige Beratungsmöglichkeiten bieten und an die sich sowohl Betroffene mit ihren Angehörigen als auch behandelnde Ärztinnen und Ärzte sowie Therapeutinnen und Therapeuten wenden können, wenn sie in den herkömmlichen Behandlungsstrukturen keine ausreichende Hilfe erhalten bzw. Unterstützung bei der Behandlung benötigen;
 3. mit der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg zu der Frage ins Gespräch zu kommen, wie Kompetenzen der niedergelassenen Ärzteschaft zur Behandlung Betroffener gestärkt werden können;
 4. durch geeignete Maßnahmen für die Situation von Betroffenen und Wege zur Hilfe zu sensibilisieren;

5. Möglichkeiten zu nutzen, Forschungs- und Versorgungsansätze zu ME/CFS und Long-/Post-COVID sinnvoll miteinander zu verknüpfen;
6. sich im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz dafür einzusetzen, bundesweit eine Verbesserung der Versorgungslage für ME/CFS-Erkrankte zu erreichen;
7. den im Koalitionsvertrag der Bundesregierung geplanten Aufbau eines deutschlandweiten Netzwerkes von Kompetenzzentren und interdisziplinären Ambulanzen zur weiteren Erforschung und Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung rund um die Langzeitfolgen von Covid-19 sowie für ME/CFS beim Bund einzufordern und konstruktiv zu begleiten;
8. sich beim Bundesministerium für Bildung und Forschung für biomedizinische Forschungsvorhaben stark zu machen.

21.12.2022

Krebs, Hildenbrand, Knopf, Köhler, Poreski, Seemann, Tuncer, Wehinger GRÜNE
Teufel, Bückner, Huber, Mayr, Dr. Preusch, Sturm CDU
Dr. Kliche-Behnke, Kenner, Wahl SPD
Reith, Fischer, Haußmann FDP/DVP

Begründung

Nach Schätzungen sollen in Deutschland etwa 250.000 bis 300.000 Personen, darunter ca. 40.000 Kinder und Jugendliche, von Myalgischer Enzephalomyelitis / Chronischem Fatigue-Syndrom (ME/CFS) betroffen sein. Viele von ihnen haben mit ihren Angehörigen in den letzten Jahren zu recht auf allen politischen Ebenen auf ihre Situation und ihren Hilfebedarf hingewiesen. Nun sind immerhin eine Reihe von Vereinbarungen fixiert, die helfen sollen, die Situation der Betroffenen zu verbessern. Das Europäische Parlament fasste am 18. Juni 2020 eine Entschließung und forderte die Europäische Kommission auf, mehr Mittel für die Erforschung dieser Krankheit und der Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. In Deutschland arbeitet die Bundesregierung daran, zur weiteren Erforschung und Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung rund um die Langzeitfolgen von COVID19 sowie für ME/CFS ein deutschlandweites Netzwerk von Kompetenzzentren und interdisziplinären Ambulanzen zu schaffen.

Auf der Ebene von Baden-Württemberg befasste sich der Sozialausschuss des Landtags am 20. Juni 2022 in einer mehrstündigen Anhörung und unter Einbezug von Betroffenen mit der Erkrankung und den möglichen Hilfen. Erste Ergebnisse der Anhörung werden mit diesem Antrag der Landesregierung zugeleitet.